

sozialdemokratische Parteileitung erkennt nur, was sie gesetzt hat; sie hat gewahrt werden müssen, daß es unmöglich sei, eine „gelegmäßige“ Partei zu sein und zugleich revolutionäre Phrasen ins Volk zu schleudern; ihr ist vor Augen geführt, daß sie es durchaus nicht in der Hand hat, den Ausbruch der von ihr unausgesetzten Leidenschaften noch belieben zu lassen. Schon bei der vorjährigen Maifeier hat der sozialdemokratische Parteivorstand die Erfahrung gemacht, daß er die Zügel nicht so fest in Händen zu halten vermöge, wie er sich den Anschein geben möchte, und verschiedene gegen seinen Willen angezettelte Streits haben die gleiche Erscheinung dargeboten. Wenn also die Sozialdemokratie heute versucht, sich als unschuldig an den Straßenkrawallen hinzustellen, so ist dies ein ganz erfolgloses Bemühen; denn schon der Umstand, daß die Parteileitung es überhaupt für nötig hält, einen beweglichen Auftritt „An die Arbeiter Berlins“ zu richten und diese aufzufordern, sich an den Lärmstörungen nicht zu beteiligen, beweist, daß sie der „Genossen“ ganz und gar nicht sicher ist. Und wenn der „Vorwärts“ die Thatsache, daß unter den ausgeplünderten Geschäftsstellen sich drei notorische Sozialdemokraten befinden, als besonders charakteristisch für die Natur der Krawalle bezeichnet, so ist er im Unrecht; denn eben diese Thatsache beweist, daß der Pöbel gerade diejenige sozialistische Lehre, nach welcher die „Expropriation der Expropriateurs“ ohne Ansehen der Person erfolgen soll, am besten begriffen hat. Ausgegangen sind also die Straßentumulte, das ist unbestreitbar, von der erwähnten Versammlung der „Arbeitslosen“, in der es an aufrührerischen Reden nicht fehlte und das Organ des aufrichtigeren Theiles der Umsitzer, der „Unabhängigen“, giebt dies auch direkt zu.

Sind Folgen der Arbeiterunruhen, die in verschiedenen Großstädten stattgefunden haben, zu erwarten? Ganz ausgeschlossen scheinen gesetzliche Maßnahmen nicht zu sein, wenigstens will die Kreuzzeitung den Vorbesprechungen in diesem Sinne gehörig haben. In dem genannten Blatte ist zu lesen: „Von verschiedenen Seiten gehen uns Berichte zu, die uns in der Annahme bestärken, daß die Regierungen jenen Erscheinungen, die in der letzten Zeit wohl kaum zufällig in den verschiedenen Staaten gleichzeitig zu Tage getreten sind und in Demonstrationen der Arbeiter und Arbeitslosen ihren Ausdruck gefunden, erhöhte Aufmerksamkeit schenken, und daß die schon des Oesterreich gemachten Versuche der Regierungen, zu Vereinbarungen über gegenseitige Unterstützung zur Abwehr von Gefahren, die sich aus dem Fortschreiten der Bewegung ergeben könnten, zu gelangen, erneut werden dürfen. Mancherlei deutet darauf hin, daß die Kabinette bezüglich dieser Angelegenheit in letzter Zeit Führung mit einander genommen haben.“

In Frankreich ist nunmehr das neue Ministerium Boubet ins Leben getreten, aber schon jetzt deuten die Anzeichen für dasselbe auf Sturm hin. Speziell in den Kreisen der gemäßigten Republikaner besteht starke Verstimmung gegen das neue Kabinett, weil bei dessen Bildung Konstanz ganz auffällig übergangen worden ist, und es werden von dieser Seite aus bereits Ministerversuche gegen das kaum erst kaum fertig gewordene neue Kabinett unternommen. Die Konstanz freundlich geführten Blätter kündigen gewisse Entschlüsse an; so soll eine geheime Korrespondenz zwischen Kerevel und Rochefort veröffentlicht werden, deren Abschriften Konstans angeblich besaße. Konstans sei zur Entschädigung der französischen Botschafterposten in London angeboten worden, er habe denselben aber schroff abgelehnt. Jedenfalls scheinen in Frankreich neue politische Scandalen bevorzuge zu stehen. Das neue Kabinett selbst wird sich an diesem Donnerstag der Deputiertenkammer mit einer Erklärung vorstellen, in welcher es die Fortsetzung der Gesamtpolitik des bisherigen Ministeriums verheigt.

Über den russischen Notstand erhält die „Weser-Ztg.“ folgende weitere Mitteilungen aus Petersburg: Trotzdem von den verschiedensten Seiten auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen wird, für die Ernährung des bauernschen Viehstandes in den nothleidenden Provinzen von staatswegen Sorge zu tragen, ist bisher noch nichts über bezügliche Maßregeln bekannt geworden. Es befindet sich diese Angelegenheit unglaublicherweise noch in ganz derselben Lage wie im vorigen Herbst. Das Vieh stirbt, wird verkauft und geschlachtet und die Thatsache tritt immer deutlicher hervor, daß auch die Sommerfelder an vielen Orten aus Mangel an Pferden nicht zu bestellen sein werden. Genaue statistische Nachrichten über die Notlage in den Hungersprovinzen fehlen allerdings noch heute, aber die bekannt gewordenen Thatsachen aus andern nicht von der Migrante heimgezogenen Gouvernements gestalten sehr unerfreuliche Wahrscheinlichkeitschlässe. In einzelnen Kreisen des Gouvernements Cherson hat sich z. B. die Zahl des Bauern gehörigen Viehs bereits jetzt um die Hälfte vermindert. Im Gouvernement Mostau, wo eine Mittelernte erzielt wurde, haben die Bauern schon im Herbst teilweise ihr Vieh verkauft. Nach den jetzt vorliegenden statistischen Aufnahmen hat in der Provinz während der Monate Juli Oktober die Zahl der Pferde bereits um 12 Proz. abgenommen. In einzelnen Kreisen ist sogar eine Abnahme von 22 bis 29 Proz. zu verzeichnen. Wie mag es da erst während des strengen Winters hier gegangen sein und welcher Zustand mag in den Notstandsbereichen herrschen! Im Durchschnitt kommt so wie so dort auf zwei Bauernpferde nur 1 Arbeitspferd. Nach privaten Mitteilungen sind selbst die wohlhabendsten Besitzer an der Wolga kaum imstande, bei den hohen Futterpreisen ihr Vieh zu ernähren. Alles fauliges Stroh bildet im besten Falle das Pferdefutter. Die Thiere kommen bei solcher Diät vollständig herunter und verlieren allen Wert. Die starke Verminderung des russischen Viehs besonders Pferdebestandes kann nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben, die sich auch in militärischer Hinsicht fühlbar machen wird. Trotzdem nämlich Russland mit seinen Pferden einen ausgebreiteten Handel treibt, ist bei ihm die Zahl der Pferde im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung durchaus ungenügend. In den 41 mittleren Gouvernements des europäischen Russlands kommen durchschnittlich auf 1 Bauernwirtschaft $1\frac{1}{2}$ Pferde. 29% Prozent aller Bauernhöfe besitzen im Durchschnitt überhaupt kein Pferd. Im Gouvernement Rjochow Novgorod stellt sich die Zahl der pferdelosen Höfe für gewöhnlich sogar auf 34, in Podolien auf 61, in Poltawa auf 58 und in Kiew gar auf 61 Proz.! Am besten mit Pferden versorgt sind die Gouvernements Kurland, Livland, Moskau und Smolensk, wo die Zahl der Wirtschaften ohne Pferde nur 4 bis 9 Prozent ausmacht. Es prägt sich also schon hierin die Gesamtlage der russischen Landwirtschaft aus. Die von der Natur vernachlässigt und in jeder Weise von

der Regierung chikanirten Ostseeprovinzen und die besonders von Deutschen bewirtschafteten Gouvernements sind die einzigen Theile Russlands, wo eine rationelle Landwirtschaft getrieben wird und der nötige Viehstand vorhanden ist, im ganzen übrigen Reiche liegt das alles im Auge. Abgesehen von den Ostseeprovinzen hat der ganze Pferdebestand im letzten Decennium nur in 11 Gouvernements sich gehoben. In 13 Provinzen hat sich die Zahl der durchschnittlich auf einen Hof kommenden Pferde vermehrt, in 13 ist sie auf gleicher Höhe geblieben, in 12 hat sie abgenommen. Was die Vertheilung der Pferdezahl anbetrifft, so haben 40 Proz. Bauernwirtschaften nur 1 Pferd, 31 Proz. bis 2, 15 Proz. bis 3, 7 Proz. bis 4, 6 Proz. bis 5 und mehr Pferde. Nun würde das alles noch nicht viel besagen, wenn die Anzahl der in den Händen der größeren Gutsbesitzer und Stadtbewohner befindlichen Pferde sehr bedeutend wäre. Das ist aber nicht der Fall. Von allen in den Gouvernements vorhandenen Pferden gehören 84,4 Proz. Bauern und Dorfbewohner, für Gutsbesitzer und andere Leute bleiben also nur 15,6 Proz. übrig! Jede Verminderung des bauerlichen Viehstandes wird sich also sehr fühlbar machen müssen und die Hoffnung, die im Winter in den Notstandsgegenden gefallenen und verkauften Thiere durch staatliche Anstrengungen in anderen Gegenden ersetzen zu können, dürfte also kaum ganz gerechtfertigt sein. Das vom Großfürsten Thronfolger geleitete Komitee setzt seine Thätigkeit ohne besonders in die Augen springende Erfolge fort. Neben einzelnen Notstandsdistricten haben Abgeordnete des Komitees umfängliche Berichte erstattet, aus denen indessen nichts weiter zu ersehen ist, als daß die Nachrichten der Zeitungen über den Notstand nicht übertrieben waren. Zugleich ergiebt sich ganz klar, daß die Vorschritte der Regierung gegen den Hunger meist ungünstig und ihre Durchführung gewöhnlich verfehlt war. In dieser wie in allen Fragen ist die Persönlichkeit der ausführenden Männer das Wesentliche. Wo energische Leute die Sache in die Hände genommen haben, steht es verhältnismäßig gut. Wo es an solchen Leuten fehlt, berichtet das entgegengesetzte. Besondere Schwierigkeiten macht die sachgemäße Organisierung von Arbeitsgelegenheiten. Bissher hat man damit meist nur Misserfolge erzielt; man scheint an verschiedenen Orten schon zu Zwangsmethoden gegen die Bauern geneigt zu sein. Ebenso schwierig zeigt sich die Vertheilung des Saatgetreides. Die etwa in den Dorfgemeinden noch vorhandenen wohlhabenden Leute wollen nicht für die Rückertatung des Saatkorns seitens der verarmten Bürgerschaft leisten, da sie wissen, daß an die Rückertatung gar nicht zu denken ist. Schon im Herbst zeigte sich diese Schwierigkeit. Zwang scheine nicht angebracht, da er einfach den Raum aller Bauern bedeuten würde. Um darum herumzukommen, hat man jetzt vorgeschlagen, die Gemeinden zu zwingen, den Acker in einem Stück auf gemeinsamen Gewinn gemeinsam zu bestellen und zu bewirtschaften, es wäre das also voller Kommunismus. Dass der Vorschlag außerdem noch sehr unpraktisch ist, beweist der Umstand, daß überall dort, wo ähnliche Versuche schon früher gemacht werden sind, gerade die größte Not herrscht. Gerade im Landbau wird nur das eigene Interesse den Landmann veranlassen, alles, was irgend möglich ist, zu thun, um aus der Erde genügend Nahrung zu ziehen. Eine gute Folge hat der Notstand insfern, als er doch die Behörden endlich einmal aus ihrer Indolenz aufgerüttelt und veranlaßt, den tiefen Ursachen des Notstandes nachzuforschen.

Das Domänenministerium beschäftigt, eine sachverständige Kommission abzusenden und alle Schäden der Landwirtschaft einer genaueren Untersuchung und Prüfung zu unterziehen. Daß eine solche Arbeit sehr zweckmäßig wäre und überreicher Stoff dafür vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Frage ist nur, ob diesmal mehr herauskommen wird, als bei früheren ähnlichen Versuchen. Und da liegt allerdings die Beschränkung nahe, daß auch nur gedrucktes Material für die Bibliotheken geliefert werden wird. Ohne eine tief durchgreifende Reform der gesamten Staatsverwaltung können die in einzelnen Gebieten zu Tage tretenden Schäden des russischen Reiches nicht gehoben werden. Zu einer solchen Reform aber fehlen die Männer, die Kraft und der Wille.

Der im März bevorstehende Ausstand der englischen Kohlenbergleute wird, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischen tritt, einen ungewöhnlichen Umfang erhalten und weit über 100 000 Arbeiter umfassen. Den Anlaß zu der Bewegung bildet die angeläufige Herauslösung der Kohle. In einigen Fällen haben die Arbeiter dieselbe alsbald mit der Weigerung erwidert, zu herabgesetzten Löhnen zu arbeiten, in anderen wiederum mit dem Gegenverschlag geantwortet, die Zahl der Arbeitstage zeitweilig auf fünf zu beschränken, oder die Produktion überhaupt für kurze Zeit einzustellen. Dieser zweite und dritte Verschlag gingen von dem Prinzip aus, daß eine Beschränkung der Produktion eine Erhöhung der Kohlenpreise nach sich ziehen und damit die Notwendigkeit einer Lohnherabsetzung verhindern würde. Die 280 000 Mitglieder zählende Föderation der Bergleute hat sich nun für den dritten Vorschlag erklärt, den Betrieb einzustellen. Die nächste Konferenz des Bundes wird am 16. März in London stattfinden. Dann wird entschieden werden, wie lange die Arbeit ruhen soll. Die Führer erklären inzwischen den Streik sei weder gegen das Publikum, noch gegen die Bergwerksbesitzer gerichtet, sondern bezwecke in erster Linie, dem möglichen Einfluß entgegenzuwirken, den die Eisenbahn-, Gas und andere Gesellschaften auf die Preise der Kohlen ausüben. Diese Gesellschaften zahlen ihren Aktionären großen Dividenden, während es den Bergwerksbesitzern und deren Arbeitern von Jahr zu Jahr schlechter geht. Viele Zeichen zeigen gar keine Dividende mehr. Früher fielen nur die kleinen Bergwerke den Eisenbahngesellschaften zum Opfer, jetzt gerathen ihnen aber auch die großen Zeichen in die Hände. In London haben schon einige Kohlenhändler die Preise der Kohlen erhöht.

Seidenstoffe (schwarze, weiße u. farbige) **V. 65 Pfge.** bis 1.65 v. Met. — glatt, gestreift u. gemustert (ca. 380 versch. Qual. u. 2500 versch. Farben) — ver. roben- und stückweise vor. u. zollfrei das Fabrik-Dépôt **G. Henneberg** (K. u. K. Hollies, Zürich). Außer umgehend. Doppeltes Briefporto nach der Schweiz.

Seide (Fabien- und Steppdeckenstoffe)

Bei Verstopfungen, Blähungen, Blutandrang nehmen man **Schleithner's Beatrice-Pilz**, welcher baldige Linderung und Wohlbehinden bringt. Man verlange **achten** aus **Schleithner's Verlag**, Bittau, à Rothe 50 Pf. (35 Kr.), 1 Mar. (65 Kr.), erträglich in den Apotheken.

Zähne überraschend schöne Ausführung, billigste Preise. Teilzahlung gestattet. **R. Thies**, Dresden, Seestraße 19, II.

Holz-Auktion.

Dienstag, den 8. März, von Vormittags 10 Uhr an, sollen auf Rothschönberger Revier im Tannicht:

ca. 30 dicke Stämme von 12-16 cm. Mittenstärke,
1000 - Stangen - 3-14 - Unterstärke,
20 - Abbaumhäuser und
30 - Durchforsthäuser

unter den vor Beginn der Auktion bekannt gemachten Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Berammlung am oberen Deichdamm.

Not-Schönberg, den 1. März 1892.

Rost, Förster.

Zur Confirmation

sowie
für die Saison

empfiehlt als Specialität:

schwarze Kleiderstoffe,

glatte, gestreifte und gemusterte Sachen reichhaltigster Auswahl in bekannten soliden Qualitäten zu den billigsten Preisen.

am Markt

101.

Anna Beeger,

am Markt

101.

Gegen **Blutarmuth und Bleichsucht** empfiehlt das berühmte, seit 40 Jahren eingeführte

Eisenpulver

von Dr. med. J. U. o. h. von Basel.

Es heißt schon und dem Gebrauch weniger Schachteln selbst die veralteten Fälle obigen Leidens, sowohl bei Erwachsenen beiderlei Geschlechts, als auch bei Kindern. Die in unserer Zeit so gewaltig grossen Schwächezustände und Unterleibbeschwerden (grosser Blutverlust, weißer Fluß) der Frauen werden, wie täglich einlaufende Dankesbriefe beweisen, durch obiges Medicament unbedingt beseitigt. — **Zeugniss:** Nach erfolgloser Anwendung vieler anderer Eisenpräparate bediente sich meine Nichte, Crescentia Sauter, welche jahrelang an Bleichsucht, Blutarmuth und den damit verbundenen Unterleibbeschwerden litt, auf den Rat der Ärzte des Dr. J. U. Hohlschen Eisenpulvers. Danckbar bezeugt ich, daß das treffliche Medicament ihre Nebel schnell und dauernd gehoben hat.

Basel, 27. Oktober 1891.

Preis per Schachtel Rm. 1.25. Obiges Eisenpulver ist nur ächt, wenn die Schachtel das als **Eisenschwarz** wählte Bildnis Dr. J. Hohls trägt. Zu haben in den Apotheken von **Tschaschel** in Wilsdruff, **Dr. Marsson** in Leipzig und in allen übrigen Apotheken.

Wittwe Brunner-Santner.

WILSDRUFF

WILSDRUFF



SCHUTZ MARKE

Heimatmuseum

der Stadt Wilsdruff

WILSDRUFF

WILSDRUFF